

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitholder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.90 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: nm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen nm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsblatt): Dr. Carl Wiese, Berlin.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Paragrafen-Zentrale Ullstein; Amt Dählhof (A 7) 3000-3065, für den Fernverkehr Amt Dählhof 3088-3098, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Die Reichsregierung bleibt fest

Verfagt der Reichstag nach der Fahnenflucht der Wirtschaftspartei?

Die Wirtschaftspartei, von Anfang an eine überaus unzuverlässige Stütze der Regierung, ist zur Opposition übergegangen. Der Reichstagsminister Dr. Aretz, Professor in Marburg, hat, wie bereits gemeldet, seine Demission gegeben, nachdem sein Kavalier in der Führung, der Bäckmeister Drenth, den Reichsparteienauflösungsaufruf zu einer Kundgebung gegen die Regierung veranlaßt hatte. Der Reichspräsident wird darauf verzichten, den Großhaushalt des Reichs am 1. Dezember zu lassen. Er wird die Demission genehmigen. Und die Wirtschaftspartei kann ihren Wählern erklären, daß sie ihre Stühle in der Partei verliert.

Was aber wird aus der Regierung? und dem Finanz- und Wirtschaftsministerium, dessen Bewirtlichung die Voraussetzung jeder Weiterarbeit in Reich, Ländern und Gemeinden, in der Wirtschaft wie in der Außenpolitik ist? Die Reichsregierung wird auf dem Boden bleiben, und sie wird ihr Programm durchführen, weil es kein anderes Programm gibt. Wird sie dafür eine Mehrheit im Reichstag erlangen?

Die prinzipiellen „Mitt-Enger in nationalsozialistischen und deutschnationalen Lager“ scheitern ist festzuhalten. Die Sozialdemokraten sind zu Open Brein, um Schlimmeres zu verdienen. Es ist die zerbrechende Mitte, von der die Schwierigkeiten ausgehen. Die Wirtschaftspartei, die ihren Wählern Opfer ersparen will und dadurch die Gesamtheit gefährdet, gibt das schlechte Beispiel der Fahnenflucht. Der gleiche Welt herrscht bei den christlichsozialen Bauern, obwohl die Regierung wesentliche Erfolge ihrer Preisabnennpolitik zuerzweifelt hinter dem Rücken, das Preisniveau der Verbrauchsgüter hochhalten.

So schwächer die Mehrheitsbildung wird, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß die Regierung kurzen Prozeß macht. Ihr Programm, das im Reichstag trotz aller Gegenläufige Annahme gefunden hat, kann und darf nicht zum Gegenstand nachfolgender Verhandlungen gemacht werden, bei denen nicht die Sache, sondern die Angst vor dem schickstunterrichteten Wähler den Ausschlag gibt.

Die Wahrscheinlichkeit wächst mit jedem Tag, daß die Zeitungsregierung, geführt durch das Bismarck des Reichstags, die bis ins einzelne ausgearbeiteten Bestimmungen auf dem Weg der Notverordnung in Kraft setzt, in der Erwartung, daß sich diesmal für ihre Aufhebung keine Mehrheit im Reichstag finden wird. Es wird mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, daß noch vor dem Zusammentritt des Reichstags, der auf den 3. Dezember angesetzt ist, die Sanierungsgehalte auf Grund des Artikels 48 Gesetzestext erlangen.

Was das verhindern will, muß den Sabotagegruppen und den Verantwortungsgeladenen Parteien das Beispiel operativerer Staatsgenügnung entgegenstellen.

Scharfe Zentrumskritik

Eingefährlicher Schwabenstreik?

Die dem Reichsanwalt nachstehende „Germania“ läßt an dem Beispiel der Wirtschaftspartei ihrge Kritik. „Das Wort ferngesehenet die Begründung als „Irreg und abwegig“. „Das Ausschließen der Wirtschaftspartei ist ein Schwabenstreik, aber kein gefährlicher. Im übrigen ist die politische Haltung der Wirtschaftspartei geradezu grotesk. Es hat noch in keinem Lande der Welt eine Regierung gegeben, die dieser oder jener Partei verboten hätte, ihre Stimme für sie abzugeben, oder soll das demnächst eingeführt werden? Es ist der Nächste unbenommen, für die Regierung zu stimmen, ebenso wie der Linke. Oder ist das den Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei verboten und soll es der Sozialdemokratie verboten werden? Man kann sich eines Schändens nicht erwehren, wenn man der Begründung der Wirtschaftspartei wirklich auf den Grund geht. Die ganze Festsetzung scheint uns deshalb aufsehner zu werden, weil die Wirtschaftspartei dadurch den Reich Drowig-Golofser überführen will. Der Partei wird wieder einmal die sagliche Politik geperft.“

Obererschlesien in Not

Der Notwehrakt der Bauern von Gollaschowitz

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

Kattowitz, 25. November

Die Stimmung in Oberschlesien bleibt auch nach Ablauf der Wahl gespannt und äußerst nervös. Man fühlt sich vor allem auf dem Lande weiterhin nicht sicher vor Übergriffen der einmal aufgereuften Aufständischen, die nach den traurigen Erfahrungen der obererschlesischen Bevölkerung leider nie sofort von ihren Gewaltmaßnahmen ablassen, wenn man sie erst einmal gerufen hat. Soja kommt, daß die politische Parte, vor allem auch die Steuerungsorgane, in nicht nur zuverlässiger Weise zu neuen Gewalttaten aufzuziehen, indem sie den Fall Gollaschowitz so darstellen, als ob dort die Deutschen einen harmlosen politischen Politisten ohne Grund in beschränkter Weise ermordet hätten. Man behauptet sogar, daß der evangelische Ortsprediger die Deutschen zu diesen Gewalttaten aufgefordert habe.

Der Fall Gollaschowitz steht im Brennpunkt aller Erörterungen über die politischen Maßnahmen und wird auch zur Beurteilung der Bewegung der Zeitungsregierung weitlich ausgenutzt. In Gollaschowitz erfolgte heute die feierliche Vergebung des in der Gonnabend nacht erlöschenden politischen Polizeibeamten. Sie getreffe sich zu einer großen Demonstration, und es war interessant, festzustellen, daß vor allem die Kreise, die dem als sehr lebzig und sachlich bekannten Polizeibeamten in feiner Weise nachstanden, jetzt sich bemühen, ihn als einen Mörder der Sache der Aufständischen hinzustellen.

Es ist nur langsam gelungen, sich in die Vorläufe hineinzufragen. Zur Feststellung des Tatbestandes hat nicht wenig beigetragen, daß der evangelische Pfarrer, der ursprünglich geflüchtet war, getrenn wieder nach Oberschlesien zurückgekehrt ist und sich in Kattowitz den politischen Behörden zur Verfügung gestellt hat. Er hat außerdem dem Präsidenten der gemischten Kommission eine ausführliche Darstellung des Tatbestandes gegeben mit dem Ergebnis, daß Pfarrer Gollaschowitz keine Zurückhaltung ihm gegenüber schnell ausgeüben und ihm verrietet hat, daß er alle Schritte unternommen werde, um die Bewohner von Gollaschowitz vor weiteren Gewalttaten zu schützen und das Los der Verhafteten zu bessern.

Ein Schuß ist um so folgenschwerer, als Patrouillen der Aufständischen das Dorf nach wie vor besetzt halten. Man hat im Laufe des Montags in Gollaschowitz einige dreißig Einwohner verhaftet, darunter auch den Führer des dortigen aufständischen Verbandes. Schon daraus geht hervor, daß selbst die politische Polizei sich kurz im Zweifel darüber ist, wer an dem tragischen Tod des Polizeibeamten wirklich die Schuld trägt.

Die tragischen Vorgänge haben sich folgendermaßen abgepielt: Nachdem ein Trupp schloßbewaffneter Aufständischer am Gonnabend mittag in Gollaschowitz eingezogen war, um dort „Abkündigung“ zu machen, nachdem die Aufständischen den Rittler schwer mißhandelt und fünf Stunden lang vor allem in dem evangelischen Gemeindefa, in dem auch die besetzte Schule untergebracht ist, gefesselt hatten, benutzte sich der Einwohner eine besorgliche Erregung. Alle Berichte, politischen Schuß zu erlangen, blieben ergebnislos. Der Ortsprediger selbst feste sich nicht nur mit der Preisblatt, sondern auch mit der Witwenshauptkinder in Verbindung, ohne etwas zu erreichen.

Daraufhin beschloßen die Gollaschowitz, zu 90 p. S. deutsch-gemühte Bauern, zur Gegenwehr zu scheitern und organisierten sich zu einer Schutzwehr. Als die Aufständischen am späten Abend wieder in das Dorf zurückkehrten, liefen sie die Stengendolken läuten, und die Bauern scharten sich zusammen. Es gelang ihnen, die Aufständischen bis an den Rand des Dorfes zu vertreiben. Dort ist es dann zu einem heftigen Panzengemege gekommen.

Inzwischen nun der getötete Polizeibeamte an diesen Zusammenstößen teilgenommen hat, ist nicht unumwunden festzustellen, zumal die die Vorgänge in tiefer Nacht abspielten. Man meigt jetzt zu der Auffassung, daß der im allgemeinen als ruhig betannte Mann nicht recht nach hat, die kimpfenden Parteien zu trennen, und bei dieser Gelegenheit die üblichen Verleumdungen erlitten hat.

Es ist also ebenso möglich, daß er von Seiten der Aufständischen verumruht wurde, als daß dies von Seiten der deutschen Bewohner geschah. Der zunächst geflüchtete Pastor war an den Vorgängen in feiner Weise aktiv beteiligt. Er

Bethlen über seine Berliner Eindrücke

Einigkeit über Abrüstung und Minderheiten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
Budapest, 25. November

Ministerpräsident Graf Bethlen ist heute nachmittag 4 Uhr aus Berlin hier eingetroffen. Ungarischer Pressevertreter erklärte er, sowohl das deutsche Reich wie Ungarn seiner betreffen ihrer Außen- und Innenpolitik auf eine Stufe der Konsolidierung gelangt, auf der sich jetzt die Möglichkeit der Vertiefung der alten freundschaftlichen Beziehungen liege. Ueber die Ziele und Mittel in der Abrüstung- und Minderheitenfrage bestzue jenseitigen beiden Nationen volle Harmonie.

Es gelang Bethlen, die deutschen führenden Politiker zu der Überzeugung zu bringen, daß es auch im Interesse Deutschlands liege, der ungarischen Wirtschaft durch seinen entsprechenden Konsumartikel Lieferungen zu verschaffen, insbesondere hinsichtlich Sicherung eines größeren Marktes für das ungarische Getreide, Kornmalz und Schweine.

Der Ministerpräsident, der große Hoffnungen bezüglich der geplanten neuen Wirtschaftsverhandlungen hegt, äußert sich sehr warm über den Reichspräsidenten Hindenburg, Reichsanwalt Brüning und Außenminister Curtius. Bethlen, der schon seit 20 Jahren nicht in Berlin war, erklärt, daß ihm die außerordentliche Willenskraft, mit der das deutsche Volk sich seiner neuen Lage auszuweisen bemüht, und mit der es trotz der schweren Wirtschaftslage in jeder Hinsicht auf dem Gebiet der modernen Entfaltung einen der besten Plätze einnimmt, mit aufrichtiger Bewunderung erfüllt. Er ist davon überzeugt, daß die Pflege und Vertiefung der deutsch-ungarischen Beziehungen auch den Nachbarstaaten Deutschlands und Ungarns zum Nutzen gereichen werde.

Er demontierte nochmals die unaufhörlich auftauchenden Gerüchte über die beabsichtigte Bildung eines sogenannten Westbündnisses und er behauptete, daß in den Fragen der Minderheiten, der militärischen Kontrolle, der Abrüstung und ähnlichen Angelegenheiten die naturgemäß und durch die Friedensverträge begründete Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Ungarn aus weiterhin fortgesetzt werden wird.

Botschafter von Schubert im Amt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
Rom, 25. November

Der deutsche Botschafter Dr. von Schubert hat heute vormittag in der von Generalnoli vorgefertigten Weise sein Beglaubigungsschreiben dem König überreicht. Der König gab den Botschafter in ein längeres Gespräch und ließ sich dann von ihm das Personal der Botschaft vorstellen.

Senats-Vertrauen für Jaspar

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
Brüssel, 25. November

In der heutigen Senatsitzung ergab die Abstimmung über die Zutrennungsgesetze der Antimilitarist eine Mehrheit von 79 gegen 40 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Es ist infolgedessen nicht zweifelhaft, daß die morgige Abstimmung in der Kammer eine ähnliche Mehrheit bringen wird.